

Strategische Beratung der Polizei in Afrika

Ein Beitrag zur Stärkung nationaler und regionaler Polizeistrukturen

Wie ist die Ausgangssituation?

Die Mehrzahl der Polizeibehörden in Subsahara-Afrika wird ihrem Auftrag, Bürger*innen vor Gewalt, Kriminalität und terroristischen Bedrohungen zu schützen, nicht vollumfänglich gerecht. **Menschenrechte und rechtsstaatliche Prinzipien sind oft nur ungenügend in den nationalen und regionalen Behörden und Institutionen verankert.** Transparenz-, Kontroll- und Rechenschaftsdefizite im Sicherheitssektor untergraben die Legitimität der Polizei gegenüber ihren Bürger*innen, so dass **Polizist*innen teilweise sogar als Bedrohung wahrgenommen** werden. Sie fördern damit die Instabilität der ohnehin mehrheitlich fragilen Staaten.

Rechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte werden auch durch strukturelle Defizite wie z.B. dem **Mangel an Ausbildung, Expertise und standardisierten Arbeitsprozessen sowie einer schlechten Infrastruktur in den Polizeibehörden** begünstigt. Die Kooperation zwischen polizeilichen Abteilungen, Kriminalpolizei und Justiz ist meist schwach ausgeprägt. Dies führt nicht nur zu einer hohen Kriminalitäts- und geringen Aufklärungsrate, sondern auch zu erheblicher Rechtsunsicherheit in der Bevölkerung und mangelndem Vertrauen in die Polizei als Garant der Rechtsordnung. Die **fehlende Leistungserbringung ist in entlegenen ländlichen Gebieten besonders deutlich zu spüren.** Hier ist die Polizei oft gar nicht erreichbar.

Das Gewaltmonopol des Staates ist in solchen Kontexten limitiert und wird häufig durch **traditionelle Autoritäten und informelle Sicherheitsakteure** ausgefüllt. Daraus entwickeln sich grenzüberschreitende Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität einzelner Länder und Regionen. Dies geht mit der Ausbreitung von Transnationaler Organisierter Kriminalität wie beispielsweise Drogenschmuggel und illegalem Waffen- und Menschenhandel einher. Gleichzeitig entstehen Trainings- und Operationsgebiete für terroristische Organisationen wie Boko Haram, Al-Qaida im Islamischen

Programmtitel	Programm zum Aufbau und zur Stärkung polizeilicher Strukturen in ausgewählten Partnerländern in Afrika
Länder- und Regionalmaßnahmen	Côte d'Ivoire, Kamerun, Mauretanien, Nigeria, Gambia, Kenia, Senegal, Ghana, Benin sowie Afrikanische Union (AU) und G5-Sahel
Auftraggeber	Auswärtiges Amt (AA)
Politische Träger	Innenministerien, Ministerien für Öffentliche Sicherheit, teilweise auch Polizeibehörden und Justizministerien, AU-Kommission, Ständiges Sekretariat der G5-Sahel
Gesamtlaufzeit	Juli 2019 – Dezember 2022
Budget (2019-2022)	35,8 Mio EUR

Maghreb und Al-Shabaab, welche verstärkt in Post-Konflikt-Ländern agieren und die Bevölkerung bedrohen. Nationale und regionale Polizeibehörden besitzen hier wiederum keine ausreichenden institutionellen und personellen Kapazitäten, um für die Sicherheit der Bevölkerung zu sorgen.

Wo wollen wir hin?

Die institutionellen und personellen Kapazitäten von nationalen und regionalen Polizeibehörden, Einrichtungen und Partnerschaften sind auf der Basis rechtsstaatlicher Grundsätze gestärkt, was zur Bekämpfung der Transnationalen Organisierten Kriminalität und des Terrorismus in (Post)- Konflikt- und fragilen Ländern Afrikas beiträgt.

Wie arbeiten wir?

Seit 2009 fördert die GIZ im Auftrag des Auswärtigen Amts Reformprozesse der Polizei in Afrika. Das „Programm zum Aufbau und zur Stärkung polizeilicher Strukturen in



Bilder v. l. n. r.:

Aufklärungsarbeit der Polizei zur Helmpflicht in Benin

Polizisten beim Training zur Tatortanalyse in Senegal

Bilder v. l. n. r.:

Empfang in einer Polizeistation
in Côte d'Ivoire

Vortrag im Rahmen einer
Sensibilisierungsmission
der G5

Marina Mdaihi
Marina.Mdaihi@giz.de



ausgewählten Partnerländern in Afrika“ besteht aus insgesamt **elf einzelnen Länder- bzw. Regionalmaßnahmen**.

Ausgehend von den Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ (Auswärtiges Amt, 2017) stellt das Programm das legitime staatliche Gewaltmonopol zum Schutz der Bürger*innen ins Zentrum seiner Arbeit. Die Strukturen und Institutionen des Sicherheitssektors sollen gewährleisten, dass Polizeiarbeit auf den Schutz der Sicherheit von Bürger*innen ausgerichtet ist.

Sämtliche Prozesse werden zusammen mit den Partnerinstitutionen erarbeitet und entsprechen ihren jeweiligen Bedarfen. Sie orientieren sich an bestehenden nationalen oder internationalen Strategien und werden komplementär zu diesen umgesetzt. Die Beachtung gesetzlicher Normen, insbesondere die Umsetzung der **Internationalen Menschenrechtscharta in der Polizeiarbeit**, steht hierbei im Fokus. In allen Maßnahmen des Programms wird besonderer Wert auf die **Gleichstellung der Geschlechter** gelegt. Die Partner erhalten Unterstützung in den Bereichen **Infrastruktur und Ausstattung, Aus- und Weiterbildung sowie Organisationsberatung**.

Daraus ergeben sich drei Handlungsfelder: 1) Stärkung der Legitimität der Polizei durch Erhöhung von Transparenz, Professionalität und Bürgernähe; 2) Verbesserung der Leistungserbringung durch Stärkung von Forensik und Kriminaltechnik sowie der Strafjustiz; 3) Festigung des staatlichen Gewaltmonopols durch die Stärkung von Kapazitäten zur Bekämpfung von Transnationaler Organisierter Kriminalität.

Was haben wir bislang erreicht?

In den drei Handlungsfeldern konnten, je nach Kontext, unterschiedliche Ergebnisse erzielt werden. So wurden, in Kooperation mit den Partnern, in einigen Ländermaßnahmen

wie Côte d'Ivoire und Nigeria Verbesserungen der polizeilichen Aus- und Fortbildungskapazitäten der Polizeischulen erreicht. Auch die Förderung rechtsstaatlichen Handelns der Polizei ist in allen Ländermaßnahmen verankert.

Die Kooperation innerhalb der Ermittlungskette (Polizei-Staatsanwaltschaft) wurde ausgebaut. Die Erfolge, die im Bereich Unterstützung der Forensik erzielt wurden, erlauben es nun, ein kontinentales Forensik-Netzwerk zu etablieren. Darüber hinaus unterstützte das Programm den Ausbau der Kooperations- und Koordinierungsfähigkeit der nationalen Akteure an überregionalen Schnittstellen (AU, G5-Sahel) und konnte somit eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit herbeiführen.

Was wollen wir weiter bewirken?

Durch die Verbesserung von Verfahren der internen Kontrolle, den Ausbau von Mechanismen zur Rechenschaftslegung und der Beschwerde sowie der Professionalisierung durch Organisationsberatung soll das rechtsstaatliche Handeln der Polizei und damit auch ihre Legitimation weiter erhöht werden. Darüber hinaus fördert das Programm die Leistungserbringung und Kooperation entlang der Strafjustizkette, z.B. durch Unterstützung von Forensik und Kriminaltechnik. Hierdurch wird die Rechtsstaatlichkeit in Strafverfahren von der Ermittlung bis zur möglichen Verurteilung gestärkt. Die Verbesserungen der Straftatenaufklärung und -verfolgung tragen zu einem wirksameren Schutz der Bürger*innen vor Straftaten bei.

Auf länderübergreifender Ebene werden die AU, AFRIPOL sowie punktuell die fünf Regionalorganisationen (ECOWAS, EASF, NARC, SADC, ECCAS) sowie G5-Sahel darin gestärkt, Transnationaler Organisierter Kriminalität und Terrorismus entgegenzuwirken und dadurch insbesondere in instabilen Regionen das staatliche Gewaltmonopol zu festigen.

Herausgegeben von Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Eingetragene Büros in Bonn und Eschborn,
Deutschland

Programm zum Aufbau und zur Stärkung polizeilicher
Strukturen in ausgewählten Partnerländern in Afrika
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin, Deutschland
T + 49 30 338424 - 475
F + 49 30 338424 - 22475
marina.mdaihi@giz.de
www.giz.de/de/weltweit/15637.html

Stand

Juni 2020

Fotonachweise

Bild 1: GIZ/ Ira Sereny

Bild 2: GIZ/ Monique van der Steen4

Bild 3: Thierry Nangbo

Bild 4: GIZ/ Nathalie Brandes

Text

Ruth Langer

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Auftraggeber

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin, Deutschland
T +49 (0)3018 17 - 0
F +49 (0)3018 17 - 3402

poststelle@auswaertiges-amt.de
www.auswaertiges-amt.de